



NIEDERSCHRIFT
(öffentlicher Teil)
25. Sitzung des Hauptausschusses

Sitzungstermin:	Dienstag, 10.12.2019	
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr	
Sitzungsende:	19:24 Uhr	
Sitzungsort:	Große Börse, Rathaus, 23539 Lübeck	
Anwesende Mitglieder		
Vorsitz		
Peter Petereit - SPD		
Mitglieder aus der Bürgerschaft		
Stadtpräsidentin Gabriele Schopenhauer - SPD	bis TOP 14.5 / 19:23 Uhr	
Birte Duggen - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis TOP 14.4 / 19:22 Uhr	
Thorsten Fürter - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	bis TOP 14.4 / 18:23 Uhr	
Dagmar Hildebrand - CDU		
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN		
Christopher Lötsch - CDU	Vertretung für: Herrn Ulrich Krause / anwesend bis TOP 14.4 / 18:55 Uhr	
Ragnar Harald Lüttke - Die Linke	Vertretung für: Frau Katjana Zunft	
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL		
Oliver Prieur - CDU		
Thomas Rathcke - FDP		
Peter Reinhardt - SPD		
Bernhard Simon - CDU		
Detlev Stolzenberg - Die Unabhängigen		
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	Vertretung für AM Fürter ab TOP 14.4 / 18:23 Uhr	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht		
Lothar Möller - BfL		
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion		
Thomas-Markus Leber - FDP		
Verwaltung		
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister		
Senatorin Kathrin Weiher - FB 4 - Kultur und Bildung	bis TOP 14.1 / 18:09 Uhr	
Senator Sven Schindler - FB 2 - Wirtschaft und Soziales		
Senator Ludger Hinsen - FB3 - Umwelt, Sicherheit und		

Ordnung	
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Tim Klüssendorf - 1.000 Bürgermeister Persönlicher Ref.	
Tatjana Voskuhl - 1.300 Recht	
Wolf-Dieter Barteck - Beteiligungscontrolling	
Jesko Beyer - 1.203 - Beteiligungscontrolling	
Stefanie Bischof - 1.101 Hansemanagerin	zu TOP 3.1 / bis 16:46 Uhr
Edgar Hamerich - Personalrat FB 1	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil bis TOP 14.1 / 18:19 Uhr
Guido Kaschel - 5.691 Lübeck Port Authority	
Ralf Kuschmierz - FBC FB 2	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil bis TOP 14.1 / 18:19 Uhr
Thomas Manke - Strategie und Innovation	
Christa Meyer - 5.660 Stadtgrün und Verkehr	anwesend zu TOP 3.4 / bis 17:02 Uhr
Egbert Ohlow - 3.327 Verkehrsangelegenheiten	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 17:49 Uhr
Manfred Uhlig - 1.201 - Haushalt und Steuerung	
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Gäste	
Réné Bornman - Vorwerker Diakonie	anwesend öffentlicher Teil bis TOP 10 / 17:49 Uhr
Georg Kulenkampff - RREEF	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil zu TOP 14.4
Dr. Alexander Mischnik -	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil zu TOP 14.2
Mihai Popescu-Greaca - RREEF	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil zu TOP 14.4
Gert Wadehn -	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil zu TOP 14.1
Sonstige Personen	
VertreterInnen der Presse -	
Zuhörerinnen und Zuhörer -	
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	anwesend öffentlicher Teil und nicht-öffentlicher Teil zu TOP 13.1 und 14.1
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
David Jenniches - AfD	- entschuldigt -
Ulrich Krause - CDU	- entschuldigt -
Katjana Zunft - Die Linke	- entschuldigt -

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
2.1	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2019	
2.2	Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.11.2019	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Vorstellung der neuen Hansemanagerin	
3.2	Anfrage des stellv. AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen): Anlagekriterien der Hansestadt Lübeck	VO/2019/08289
3.2.1	Antwort: Anfrage des stellv. AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen): Anlagekriterien der Hansestadt Lübeck	VO/2019/08393
3.3	Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen): Alternative Antriebe im Fuhrpark der Stadt	VO/2019/06950
3.3.1	Antwort zur Anfrage des AM Thorsten Fürter zu alternativen Antrieben im Fuhrpark der Stadt	VO/2019/08437
3.4	Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	VO/2019/08010
3.4.1	Antwort auf die Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Abschaffung der Straßenausbaubeiträge	VO/2019/08411
3.5	Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Räumung eines Obdachlosenschlafplatzes in der Breiten Straße	VO/2019/08468
3.6	Anfrage BM Prieur (CDU): Flüchtlinge und Wohnungsmarkt	VO/2019/08469
3.7	NEU: mündl. Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) betreffend eine mögliche Insolvenz des Lübecker Tierheimes	
3.8	NEU: mündl. Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) betr. den Umzug des Stadtteilbüros Meesenring in neue Räumlichkeiten	
3.9	NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDO) betreffend die Berufsbildungsstätte Priwall	
3.10	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betreffen den Modulbau Kalanderschule	

3.11	NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Überweisung von Anfragen aus dem Hauptausschuss in Fachausschüsse	
3.12	NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) zum Sachstand der denkmalgeschützten Häuser Große Burgstraße 9-13	
3.13	NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betreffend das Baugebiet Rehsprung	
3.14	NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Dei Grünen) betreffend das ehemalige Grundstück der Firma Ford Lorenzen	
4	Berichte	
4.1	Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über die Beauftragung der Fa. Siemens im Rahmen der Instandsetzung der Eisenbahnüberführung über die B 75 in Lübeck-Kücknitz in Höhe von 739.561,58 EUR zzgl. MwSt.	VO/2019/08385
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen Schlutup Ortskern	VO/2019/08293
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	Die Unabhängigen: Veröffentlichung entgeltlicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten von Gemeindevertreter*innen auf der Homepage der Hansestadt Lübeck	VO/2019/08353
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen
--

Der Vorsitzende begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit.

Ferner macht der Vorsitzende darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Zweifel der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass nachstehende Unterlagen zur heutigen Sitzung noch eingereicht wurden:

NEU TOP 3.5/VO 8468

Anfrage von AM Katjana Zunft betr. Räumung eines Obdachlosenschlafplatzes in der Breiten Straße

NEU TOP 3.6/VO 8469

Anfrage von AM Oliver Prieur betr. Flüchtlinge und Wohnungsmarkt

Weiterhin teilt der Vorsitzende mit, dass der Personalrat, sowie der Seniorenbeirat die Teilnahme an der Beratung zu den TOP 13.1 und 14.1 beantragt haben.

Der Vorsitzende lässt über die Anträge abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme des Personalrates
an der Beratung zu TOP 13.1
einstimmig zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme des Seniorenbeirates
an der Beratung zu TOP 13.1
einstimmig zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme des Personalrates
an der Beratung zu TOP 14.1
einstimmig zu.***

***Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme des Seniorenbeirates
an der Beratung zu TOP 14.1
einstimmig zu.***

Der Vorsitzende teilt weiterhin mit, dass der Personalrat des Fachbereiches 1 die Teilnahme an der Beratung zu TOP 14.3 beantragt habe.

Der Vorsitzende lässt über den Antrag abstimmen.

***Der Hauptausschuss stimmt der Teilnahme des Personalrates des Fachbereiches 1
an der Beratung zu TOP 14.3
einstimmig zu.***

Der Vorsitzende weist darauf hin, dass gemäß § 35 Abs. 2 der Gemeindeordnung ein gesonderter Verfahrensbeschluss mit 2/3 Mehrheit über die nichtöffentliche Behandlung von Vorlagen erforderlich ist.
Er lässt über die Zuordnung der für den nichtöffentlichen Teil angemeldeten TOP einzeln abstimmen:

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 11.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 11.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 12 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 13.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.1 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.2 zu.

Der Hauptausschuss stimmt einstimmig der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.3 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (11 Ja-Stimmen und 3 Nein-Stimmen) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.4 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.5 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.6 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.7 zu.

Der Hauptausschuss stimmt mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit (12 Ja-Stimmen, 1 Nein-Stimme, 1 Enthaltung) der nichtöffentlichen Beratung des TOP 14.8 zu.

Herr Stolzenberg bittet zukünftig um Ergänzung der Einladung zum Hauptausschuss um den Hinweis, dass die Tagesordnungspunkte ab TOP 11 nach Maßgabe der Beschlussfassung durch die Mitglieder des Hauptausschusses voraussichtlich nichtöffentlich beraten werden. Der Vorsitzend teilt hierzu mit, dass dieser Hinweis der Tagesordnung zu entnehmen sei. Es stellt sich in der weiteren Diskussion heraus, dass nicht alle Dokumente diesen Hinweis beinhalten.
Der Vorsitzende sagt eine Klärung zu.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 2.1 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 12.11.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 2.2 Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 26.11.2019

Keine Wortmeldung.

Die Niederschrift ist damit in der vorgelegten Fassung festgestellt.

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Vorstellung der neuen Hansemanagerin

Nach einleitenden Worten durch Herrn Bürgermeister Lindenau stellt sich Frau Bischof persönlich dem Hauptausschuss als neue Hansemanagerin vor. Neben einen Rückblick auf ihren bisherigen Werdegang und ihre bisherigen Tätigkeitsfeldern gibt Frau Bischof einen Ausblick auf die Planungen für ihre Tätigkeit als Hansemanagerin. Übergeordnete Ziele seien die Professionalisierung des Netzwerkes, die Neuaufstellung der Kommunikation, sowie die Unterstützung der Mitgliedstädte in der Projektentwicklung.

Herr Bürgermeister Lindenau fügt abschließend hinzu, dass Frau Bischof zukünftig Ansprechpartnerin für alle Angelegenheiten sei, welche den Hansetag betreffen.

zu 3.2 Anfrage des stellv. AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen): Anlagekriterien der Hansestadt Lübeck Vorlage: VO/2019/08289

**zu 3.2.1 Antwort: Anfrage des stellv. AM Dr. Axel Flasbarth (Bündnis 90/ Die Grünen):
Anlagekriterien der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/08393**

Bezug nehmend auf die Antwort zu Frage 3, aus welcher hervorgehe, dass die Hansestadt Lübeck keine Wertpapiere zeichne, bittet Herr Dr. Flasbarth um Erläuterung, weshalb - entgegen dieser Antwort - in der Bilanz der Hansestadt Lübeck Wertpapiere bilanziert seien. Herr Uhlig führt hierzu erläuternd aus, dass es sich bei den in der Bilanz der Hansestadt Lübeck aufgeführten Wertpapieren um Erbschaften handle, bei denen Geldgeber der Hansestadt Lübeck Wertpapiere vermacht haben.

Eine weitere Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Anlage liquider Mittel beantwortet Herr Uhlig dahingehend, dass eine Anlage liquider Mittel nicht erfolge, da diese für das laufende Geschäft benötigt werden.

Weiterhin teilt Herr Uhlig auf Nachfrage von Herrn Dr. Flasbarth betreffend die Antwort zu Frage 7 mit, dass die Stiftungen unter anderem Erträge aus Waldbeständen und Gebäuden erwirtschaften.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

**zu 3.3 Anfrage des AM Thorsten Fürter (Bündnis 90 / Die Grünen): Alternative Antriebe im Fuhrpark der Stadt
Vorlage: VO/2019/06950**

**zu 3.3.1 Antwort zur Anfrage des AM Thorsten Fürter zu alternativen Antrieben im Fuhrpark der Stadt
Vorlage: VO/2019/08437**

Herr Fürter formuliert zur vorliegenden Antwort folgende Nachfragen:

1. Um was für Fahrzeuge handelt es sich bei den in der Antwort zu Frage 1 aufgeführten Fahrzeugen?

2. Gibt es eine Zeitplanung für die Anschaffung von Elektrofahrrädern?
3. Welche konzeptionellen Erwägungen stehen hinter der kostenlosen Nutzung der Ladesäulen der Stadtwerke Lübeck? Ist beabsichtigt die Nutzung zukünftig kostenpflichtig zu gestalten?

Die Nachfragen werden durch Herrn Manke wie folgt beantwortet:

1. Bei den aufgeführten Fahrzeugen handle es sich um PKW und Kleinfahrzeuge. Bisher seien noch keine Anschaffungen im Großfahrzeugbereich vorgenommen worden. Bis Ende 2020 sei jedoch geplant, 10 Elektro-Busse in den Betrieb aufzunehmen. Zudem planen die Entsorgungsbetriebe der Hansestadt Lübeck für den Bereich der Müllfahrzeuge sukzessive die Einführung von Elektrofahrzeugen.
2. Der Aufbau eines Bestandes an Elektrofahrrädern sei in Gange.
3. Die Stadtwerke Lübeck planen ab dem 2020 die Nutzung der Ladesäulen kostenpflichtig zu gestalten.

Eine Nachfrage von Frau Duggen beantwortet Herr Manke dahingehend, dass seitens der Stadtwerke Lübeck ein Ausbau der Ladesäulen im Siedlungsbereich vorgesehen sei.

Auf Nachfrage von Herrn Lüttke führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass die bisher vorhandenen 10 Ladesäulen im Rahmen eines Förderprogramms installiert worden seien. Teil des Förderprogramms war, dass der Strom in der ersten Phase zur Attraktivitätssteigerung kostenlos zur Verfügung gestellt werde.

Auf Nachfrage von Herrn Fürter teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass die Elektrofahrräder im Rahmen eines Poolbetriebes zur Verfügung gestellt werden. Darüber hinaus werden derzeit mehrere Modelle geprüft, wie Elektrofahrräder im Rahmen der Mitarbeitermotivation zur Verfügung gestellt werden könnten.

Herr Senator Hinsen teilt auf Nachfrage von Herrn Leber mit, dass zwei Elektro-Lastenfahräder angeschafft worden seien, welche häufig - ebenfalls im Rahmen einer Poollösung - genutzt werden.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.4 Anfrage des AM Detlev Stolzenberg (Die Unabhängigen): Abschaffung der Straßenausbaubeiträge
Vorlage: VO/2019/08010

zu 3.4.1 Antwort auf die Anfrage des AM Detlev Stolzenberg betr. Abschaffung der

Straßenausbaubeiträge
Vorlage: VO/2019/08411

Auf Nachfrage von Herrn Stolzenberg betreffend eine frühzeitige Information der Anlieger über eine noch ausstehende Kostenbeteiligung teilt Frau Meyer mit, dass die Fertigung eines vorzeitigen Informationsschreiben an die Anlieger aus Kapazitätsgründen nicht möglich sei. Für die noch 33 abzurechnenden Maßnahmen stünde lediglich noch eine Mitarbeiterin zur Verfügung.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Bürgermeister Lindenau und Frau Senatorin Hagen.

Auf Anregung durch Herrn Prieur zur Niederschlagung oder Verjährung der Forderungen teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass aus dem Landesrecht eine Verpflichtung zur Erhebung der Straßenausbaubeiträge bestehe.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt ergänzend mit, dass der Bereich Recht darauf hinweise, dass damit eine Veruntreuung vorliegen würde.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
Ohne Votum		

zu 3.5 Anfrage AM Katjana Zunft (DIE LINKE): Räumung eines Obdachlosenschlafplatzes in der Breiten Straße
Vorlage: VO/2019/08468

Es erfolgt eine mündliche Beantwortung der Anfrage.

Herr Bürgermeister Lindenau teilt einleitend mit, dass eine öffentliche Konfrontation mit Fehleinschätzungen und –vorwürfen erfolgt sei, die unter anderem dazu führten, dass Mitarbeiter:innen der Verwaltung in ein Licht gerückt worden seien, welches nicht den Tatsachen entsprechen.

Weiterhin führt Herr Bürgermeister Lindenau erläuternd aus, dass es innerhalb der Stadt Lübeck im Umgang mit Obdachlosigkeit klare Verantwortlichkeiten gebe, die sowohl mit entsprechenden Partnern vertraglich geregelt seien, als auch in Tätigkeitsbereiche des Ordnungsamtes und der Polizei gegliedert seien. Darüber hinaus gebe es ehrenamtliches Engagement. Die Verwaltung organisiere ihr Handeln an den gesetzlichen Aufträgen. Das ehrenamtliche Engagement sei ergänzend, aber nicht ersetzend.

Herr Senator Hinsen übernimmt die Beantwortung der einzelnen durch AM Zunft schriftlich gestellten Fragen:

1. Das beigefügte Bild zeige den Zustand vom 12.10.2019, das heißt lange vor Räumung des Platzes Ende November. Über Wochen hinweg haben sich verschiedene Menschen ohne Obdach vor dem Gebäude Breite Straße 36 niedergelassen. Seit Aufnahme des Bildes sei dieser Platz zunehmend vermüllt. Dieses sei fotografisch dokumentiert worden. Die Mitarbeiter des Ordnungsdienstes haben die dort weilenden Menschen seit

dem 17.11. mehrmals angesprochen, insbesondere auf Hilfe. Die Hilfe wurde abgelehnt. Am 23.11. wurden zwei Personen erneut Hilfe angeboten. Auch diese wurde wieder abgelehnt, unter Aussage der beiden Personen, dass sie planen das Lager ohnehin kurzfristig aufgrund des anstehenden Weihnachtsmarktes zu räumen. Am 24.11. wurden drei schlafende Personen angetroffen, welche schlafend gelassen wurden. Am 26.11. wurden weitere Personen angesprochen und aufgefordert den Platz zu räumen, weil sich das Lager in die Breite Straße hinein ausgedehnt hatte. Es galt eine Gesundheitsgefahr für Passanten, insbesondere für Kinder zu vermeiden. Am 28.11. wurde erneut eine Person schlafend angetroffen und aufgefordert das Lager zu verlassen. Dieses ist offensichtlich bis zum 29.11. geschehen. Es seien dort keine Personen mehr, sondern lediglich hinterlassener Müll vorzufinden gewesen.

2. Das Ordnungsamt habe am 29.11.2019 die Entfernung des Mülls durch die Entsorgungsbetriebe Lübeck veranlasst.
3. Die Aussage sei nicht korrekt. Die Polizei sei vor Ort gewesen und habe die dort angetroffenen Personen auf alternative Hilfsangebote angesprochen. Eine Räumung sei nicht beabsichtigt gewesen und nicht erfolgt.
4. Es sei kein Eigentum vorgefunden worden. Es sei eine Beseitigung des hinterlassenen Mülls erfolgt. Bisher seien auch keine Meldungen eingegangen, dass Eigentum vermisst werden würde.
5. Es sei kein Schaden entstanden.

Herr Senator Hinsen führt abschließend betreffend die rechtliche Einordnung aus, dass ein bloßes nächtigen auf der Straße ordnungsrechtlich zulässig sei. Handle es sich jedoch um eine häusliche Niederlassung, welche mit einer Vermüllung einhergeht, so habe eine Räumung zu erfolgen.

Herr Senator Schindler führt ergänzend aus, dass die bekannten Lager durch die Vorwerker Diakonie aufgesucht werden. Mithilfe eines vor einigen Jahren entwickelten Flyers werde auf Hilfsangebote aufmerksam gemacht.

Herr Bornmann der Vorwerker Diakonie gibt ergänzende Ausführungen zu dem konkreten Fall des Obdachlosenschlafplatzes in der Breiten Straße.

Es sprechen im weiteren Verlauf Herr Lüttke, Herr Ohlow, der Vorsitzende und Herr Senator Hinsen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

**zu 3.6 Anfrage BM Prieur (CDU): Flüchtlinge und Wohnungsmarkt
Vorlage: VO/2019/08469**

Eine schriftliche Beantwortung wird zugesagt.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.7 NEU: mündl. Anfrage des AM Kleyer (Bpndnis 90/Die Grünen) betreffend eine mögliche Insolvenz des Lübecker Tierheimes

Auf Nachfrage von Herrn Kleyer teilt Herr Senator Hinsen mit, dass bisher keine direkten Kenntnisse über eine mögliche Insolvenz des Tierheimes vorliegen. Der Vorstand sei diesbezüglich bisher noch nicht an die Stadtverwaltung herangetreten. Vor ungefähr zwei Jahren sei ein neuer Vertrag geschlossen worden, der damals für auskömmlich gehalten worden sei. Sofern diesbezüglich Änderungen eingetreten sein sollten, wäre es wünschenswert gewesen, wenn der Vorstand darauf aufmerksam gemacht hätte. Herr Senator Hinsen werde diese Anfrage, sowie die Berichterstattung der Medien zum Anlass nehmen, proaktiv auf den Verein zuzugehen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.8 NEU: mündl. Anfrage des AM Kleyer (Bündnis 90/Die Grünen) betr. den Umzug des Stadtteilbüros Meesenring in neue Räumlichkeiten

Herr Kleyer teilt mit, dass er Kenntnis davon erlangt habe, dass für den Umzug des Stadtteilbüros Meesenring die Mitarbeiter:innen zur Nutzung ihrer privaten PKW verpflichtet gewesen sein und bittet hierzu um Stellungnahme.
Herr Senator Hinsen sagt eine Klärung zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.9 NEU: mündl. Anfrage des AM Rathcke (FDO) betreffend die Berufsbildungsstätte Priwall

Eine Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend das weitere Vorgehen nach der unter Denkmalschutzstellung der Berufsbildungsstätte auf dem Priwall beantwortet Frau Senatorin Weiher dahingehend, dass der Denkmalschutz erkannt wurde und daher eine Unterschutzstellung erfolgt sei. Ob die Erhaltung und Sanierung des Denkmals wirtschaftlich zumutbar sei, sei zu klären. Hierzu müsse eine wirtschaftliche Darlegung des Eigentümers erfolgen. Eventuell bestehe Interesse der Seemannsschule einige Gebäudeteile zu übernehmen.

Frau Senatorin Hagen führt ergänzend aus, dass Gespräche zwischen der Bereiche Stadtplanung und Denkmalpflege über eine mögliche zukünftige Nachnutzung geplant seien.

Es sprechen Herr Rathcke und der Vorsitzende.

Herr Bürgermeister Lindenau weist darauf hin, dass das Denkmalschutzgesetz des Landes Schleswig-Holstein in seiner neuen Fassung dafür Sorge, dass die Entscheidung erst nachträglich fungiere. Dies bedeute unter anderem, dass eine Prüfung der wirtschaftlichen Zumutbarkeit erst nach unter Schutzstellung erfolge, sobald Veränderungen geplant seien. Es bestehe ein enger Austausch mit der Handwerkskammer mit dem Ziel die Realisierung des Neubauvorhabens zu unterstützen.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.10 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betreffen den Modulbau Kalanderschule

Auf Nachfrage von Herrn Prieur betreffend die Gründe für die Zeitverzögerungen bei der Errichtung des Modulbaus für die Kalanderschule teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass sich hierzu eine Vorlage für den Bauausschuss in Vorbereitung befinde.

Vorweg sei zu nennen, dass sich die Thematik aufgrund der notwendigen Berücksichtigung von zwei Standorten sehr komplex dargestellt habe. Zudem sei eine Höhenüberschreitung begründet in der Errichtung der Module auf Gittern nicht rechtzeitig erkannt worden. Kompensationsmaßnahmen seien erarbeitet worden.

Eine Nachfrage von Herrn Prieur beantwortet Frau Senatorin Hagen dahingehend, dass die Module an dem zweiten Standort auf ein Fundament gesetzt werden und daher die Bauhöhe bekannt sei.

Es spricht Frau Hildebrand.

	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	

Abstimmungsergebnis	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.11 NEU: mündl. Anfrage des AM Stolzenberg (Die Unabhängigen) betr. die Überweisung von Anfragen aus dem Hauptausschuss in Fachausschüsse

Herr Stolzenberg bittet um Mitteilung, wann zuletzt eine Anfrage im Hauptausschuss an einen Fachausschuss überwiesen wurde.

Eine Beantwortung nach Recherche wird zugesagt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.12 NEU: mündl. Anfrage des AM Reinhardt (SPD) zum Sachstand der denkmalgeschützten Häuser Große Burgstraße 9-13

Herr Reinhardt bittet um eine Antwort in absehbarer Zeit zum weiteren Vorgehen betreffend die denkmalgeschützten Häuser in der Großen Burgstraße 9-13. Frau Senatorin Weiher verweist auf entsprechende Berichterstattung im Ausschuss für Kultur und Denkmalpflege. Weiterhin teilt Frau Senatorin Hagen mit, dass die Durchführung eines Enteignungsverfahrens aufgrund von Personalmangel nicht möglich sei.

Herr Reinhardt bittet um die Vorlage eines Berichtes im Hauptausschuss.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.13 NEU: mündl. Anfrage des AM Prieur (CDU) betreffend das Baugebiet Reh-

sprung

Herr Prieur erinnert an die noch ausstehende Antwort auf die Anfrage betreffend das Baugelände Rehsprung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 3.14 NEU: mündl. Anfrage des AM Fürter (Bündnis 90/Dei Grünen) betreffend das ehemalige Grundstück der Firma Ford Lorenzen

Auf Nachfrage von Herrn Fürter betreffend das ehemalige Grundstück der Firma Ford Lorenzen teilt Herr Bürgermeister Lindenau mit, dass sich dieses Grundstück im Privateigentum befindet. Derzeit erfolge die Überführung in eine Stiftung.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 4 Berichte

**zu 4.1 Bekanntgabe einer Eilentscheidung des Bürgermeisters über die Beauftragung der Fa. Siemens im Rahmen der Instandsetzung der Eisenbahnüberführung über die B 75 in Lübeck-Kücknitz in Höhe von 739.561,58 EUR zzgl. MwSt.
Vorlage: VO/2019/08385**

Auf Nachfrage von Herrn Rathcke betreffend die Richtigkeit der Vorfinanzierung der Kosten mit anschließender Rückerstattung von 50% durch die DB Netz AG, teilt Herr Kaschel mit, dass es sich hierbei um ein Vorgehen gemäß vertraglicher Vereinbarung zwischen den beiden Eigentümern der Gleise – Hansestadt Lübeck und DB Netz AG – handle. Die Zinslast sei Gegenstand der Rückerstattung.

Bis wann die von der Hansestadt Lübeck verauslagten Kosten durch die DB Netz AG zu erstatten seien, wird Herr Kaschle nach Recherche beantworten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	x
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

**zu 5.1 Projektfreigabe Fahrbahnsanierungen Schlutup Ortskern
Vorlage: VO/2019/08293**

Herr Böhm macht darauf aufmerksam, dass vor einigen Monaten das Versprechen gegeben worden sei, Fußwege nicht als Nebenflächen auszuweisen.

Frau Senatorin Hagen teilt hierzu mit, dass es sich um die Verwendung eines Fachbegriffes handle. An eine anderweitige Absprache könne sie sich nicht erinnern.

Beschluss:

Die Planung in dem unten beschriebenen Umfang wird weitergeführt. Der baulichen Umsetzung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	x
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft

**zu 6.1 Die Unabhängigen: Veröffentlichung entgeltlicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten von Gemeindevertreter*innen auf der Homepage der Hansestadt Lübeck
Vorlage: VO/2019/08353**

Es sprechen hierzu Herr Stolzenberg und Herr Prieur.

Herr Prieur beantragt einen Berichtsauftrag mit dem Ziel der Prüfung durch den Bereich Recht, welche Bedeutung die Offenlegung für die Ausübung des Mandates habe.

Es sprechen im weiteren Verlauf der Vorsitzende, Herr Lüttke und Herr Stolzenberg.

Der Vorsitzende lässt sodann über den Antrag von Herrn Prieur abstimmen.

Der Hauptausschuss beschließt mehrheitlich (13 Ja-Stimmen und 1 Enthaltung) die Beauftragung eines Berichtes.

Beschluss:

Die Bürgerschaft möge beschließen, dass die Veröffentlichung entgeltlicher und ehrenamtlicher Tätigkeiten der Gemeindevertreter/innen und Ausschussmitglieder gemäß § 32 GO künftig in einer tabellarischen Form erfolgt, die interessierten Bürger/innen auch über den Internetauftritt der Hansestadt zugänglich gemacht wird.

Die Geschäftsordnung der Bürgerschaft der Hansestadt Lübeck ist entsprechend in § 5 (1) Satz 3 wie folgt anzupassen: "Die Veröffentlichung dieser Angaben erfolgt durch Auslegung der Unterlagen im Büro der Bürgerschaft sowie Bereitstellen einer tabellarischen Übersicht im Internetauftritt der Hansestadt Lübeck."

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	x
	Ohne Votum	

Der Hauptausschuss vertagt die Beratung über den Antrag bis zum Vorliegen des Berichtes.

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

Es liegt nichts vor.

zu 8 Gleichstellung

Es liegt nichts vor.

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Der Vorsitzende schließt um 17:49 Uhr den öffentlichen Teil der Sitzung. Die Öffentlichkeit und alle nicht zur Teilnahme Berechtigten verlassen den Sitzungsraum.
Die Sitzung wird um 17:50 Uhr vom Vorsitzenden mit dem nichtöffentlichen Teil fortgesetzt.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende teilt mit, dass im nichtöffentlichen Teil die Vorlagen und Berichte des Bürgermeisters behandelt worden seien.

Lübeck, den 25. Mai 2020

Peter Petereit
Vorsitzende/r

Nadine Markmann
Protokollführung